



Hauptausschuss

6. Sitzung (öffentlich)

8. Dezember 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel, Eva-Maria Bartylla, Heike Niemeyer

Begrüßung 1

Zur Tagesordnung 1

A Anhörung

1 Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung „Sonntagsöffnung der Videotheken“ 1

Antrag
auf Behandlung
einer Volksinitiative gemäß
Artikel 67 a der Landesverfassung
Nordrhein-Westfalen

Beratungsunterlage Drucksache 14/612

Der Ausschuss hört hierzu die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen an.

Institution	Redner/-in	Stellungnahme	Seiten
Volksinitiative	Hans-Peter Lackhoff	14/22	2, 13, 20, 29, 31
	Jörg Weinrich Rainer Heumann		14, 28 14, 27, 28
Evangelisches Büro, Düsseldorf	Kirchenrat Rolf Krebs	-	4, 15
Katholisches Büro, Düsseldorf	Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt	14/17 (Anlage: gemeinsame Erklärung vom Beauftragten der Ev. Kirchen, dem Kommissariat der Bischöfe und dem DGB)	5, 16, 27
	RA Dr. Marc Liesching	14/20	7, 17, 25
Vereinigung der IHK, Düsseldorf	Hans-Georg Crone-Erdmann	-	8, 17
Verdi	Folkert Küpers-Koll	14/21 (gemeinsame Stellungnahme mit DGB Düsseldorf)	10, 18, 25

weitere Stellungnahmen	
AG der Kommunalen Spitzenverbände, Köln	14/25 (gemeinsame Stellungnahme und Ergänzung nur für Städtetag)
Deutscher Städtetag, Köln	
Städte- und Gemeindebund NRW, Düsseldorf	
Landkreistag NRW, Düsseldorf	
Beauftragter der Evangelischen Kirchen NRW, Düsseldorf	14/32

Seite

B weitere Tagesordnung 33**2 Erstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes** 33

Gesetzentwurf
 der Fraktion der CDU,
 der Fraktion der SPD,
 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/642

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen 33

Gesetzentwurf
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/569

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Obleuten die Suche nach einem Termin für die Anhörung sowie die Benennung der Sachverständigen und die Aufstellung eines Fragenkatalogs zu überlassen.

4 Strukturförderpolitik für NRW 2007 - 2013 – Den Strukturwandel weiter erfolgreich gestalten 35

Antrag
 der Fraktion der SPD
 Drucksache 14/467

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Obleuten die Suche nach einem Termin für eine Anhörung, die Benennung der Sachverständigen und die Aufstellung eines Fragenkataloges zu überlassen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/84
Hauptausschuss		08.12.2005
6. Sitzung (öffentlich)		ni-be
		Seite
5	Aktuelle Viertelstunde (s. Anlage) (beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 5. Dezember 2005)	35
	<u>hier:</u> Warum wird der Landesbeauftragte NRW-Benelux abgeschafft?	
	- Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer	
	- Ausführliche Diskussion	
6	Auswirkungen der Föderalismusreform und des Berliner Koalitionsvertrages auf Nordrhein-Westfalen	40
	Vorlage 14/153	
	Ausführliche Diskussion	
7	Situation und Perspektiven der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union in Brüssel	43
	- Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer	
	- Diskussion	
8	Verschiedenes	45
a)	Motto der „Europawoche“	45
b)	Verfahrensabsprache „Medieninformationen“	45
c)	Außerplanmäßige Sitzung des Hauptausschusses am 18. Januar 2006, 9 Uhr	45
d)	Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten über die Arbeit der Landesvertretung	45
e)	Konzept zum Landesjubiläum	45
f)	Berlinale	46

Aus der Diskussion

B weitere Tagesordnung

2 Erstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/642

(vom Plenum am 30. November 2005 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)

Sylvia Löhrmann betont für die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen**, diese teile nicht den in der Öffentlichkeit vermittelten Eindruck, als bedeutete die in Rede stehende Änderung eine Aufweichung der Grundsätze der in der 13. Wahlperiode beschlossenen Diätenreform mit einer Einschränkung der Altersversorgung und der Übergangsbezüge. Hier gehe es lediglich um die Regelung ganz weniger Einzelfälle.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569

(vom Plenum am 09. November 2005 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung, den Ausschuss für Frauenpolitik, den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration sowie an den Rechtsausschuss überwiesen)

Der **Vorsitzende** berichtet von der in der vergangenen Woche im Obleutegespräch sich abzeichnenden Verständigung auf eine Anhörung hierzu. Er, Jostmeier, schlage vor, sich für diesen Fall nach Möglichkeit bereits in der heutigen Sitzung auf einen Termin zu verständigen und den Kreis der Anzuhörenden festzulegen sowie die tatsächliche Benennung der Experten und die Entscheidung, ob ein Fragenkatalog erstellt werden soll.

le, in die Hände der Obleute zur Bearbeitung durch die Referentinnen und Referenten zu geben. Über die Durchführung einer Anhörung sollten dann die mitberatenden Ausschüsse informiert werden, damit diese sich zumindest nachrichtlich beteiligen könnten.

Er rege zudem an, die Anhörung vielleicht nicht an einem gesonderten Termin, sondern im Rahmen einer regulären Hauptausschusssitzung durchzuführen.

Wolfram Kuschke (SPD) erklärt sich mit dem Verfahren vom Prinzip her einverstanden und schlägt als Termin den 9. März vor. Zu bedenken gebe er angesichts des umfangreichen Themas aber, ob bei Durchführung der Anhörung im Rahmen einer regulären Hauptausschusssitzung nicht zeitliche Probleme auftauchen. Zumindest zöge sich die Sitzung vermutlich bis in den Nachmittag.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) befürwortet als Termin den 9. März, spricht sich aber wegen der Komplexität des Themas dagegen aus, an demselben Tag eine reguläre Ausschusssitzung stattfinden zu lassen. Für die mitberatenden Ausschüsse sollte es bei einer nachrichtlichen Beteiligung bleiben. Den einzuladenden Personenkreis könnten auch ihres Erachtens die Obleute festlegen.

Ilka Keller (CDU) plädiert für einen Termin Anfang Februar; der 9. März erscheine ihr recht spät.

Vorsitzender Werner Jostmeier macht auf eine in Brüssel vom Hauptausschuss erzielte Übereinkunft aufmerksam, die Sitzung am 9. Februar für eine Expertenanhörung zur Strukturpolitik vorzusehen.

Auch **Dietmar Brockes (FDP)** erscheint der März-Termin ein wenig spät, weshalb er einen Termin Ende Januar/Anfang Februar favorisiere. Aus Zeitgründen halte auch er es für nicht möglich, diese Anhörung mit einer regulären Ausschusssitzung zu verbinden.

Wolfram Kuschke (SPD) hat keine Einwände, den Obleuten die Terminfestlegung zu übertragen. Dem Punkt Strukturpolitik gebühre seiner Meinung nach angesichts der momentanen Entscheidungsabläufe allerdings wohl der Vorrang. - Letzterem stimmt **Ilka Keller (CDU)** zu.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ergänzt, der Antrag der Fraktion der SPD betreffend die Strukturförderpolitik sei im Übrigen früher als der Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes eingebracht worden.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Obleuten die Suche nach einem Termin für die Anhörung sowie die Benennung der Sachverständigen und die Aufstellung eines Fragenkataloges zu überlassen.